

**Student! Ausgabe Juli 2010**

## **Jenseits der Wartezimmer**

### **Leipziger Medinetz kümmert sich um die Krankenversorgung von Menschen ohne Papiere**

Europa ist für viele Flüchtlinge das Ziel der Träume. Jährlich nehmen unzählige Menschen die gefährliche und oft auch tödliche Überfahrt über das Mittelmeer auf sich oder versuchen über den gut gesicherten Luft- oder Landweg nach Europa zu gelangen. Dort erwartet sie jedoch nur selten die erhoffte Sicherheit. Ein gültiger Aufenthaltsstatus und eine Arbeitserlaubnis bleibt für viele Menschen ein Wunschtraum. Ihnen bleibt häufig nur ein Leben in der Illegalität im Schatten der Gesellschaft - ein Leben mit weitreichende Folgen auch für die Gesundheit.

Menschen, die sich ohne gültige Papiere in Deutschland aufhalten, haben keine Krankenversicherung, und wenn sie sich ärztliche Behandlungen vom Sozialamt bezahlen lassen möchten, müssen sie fürchten abgeschoben zu werden. Um die Gesundheitsversorgung dieser Menschen, die in der öffentlichen Diskussion häufig als „Illegale“ bezeichnet werden, kümmern sich in Leipzig die Mitglieder von Medinetz.



**Max Vollmer** - Foto: Ina Müller

Max Vollmer sitzt im Büro von Medinetz im Erdgeschoss eines Altbaus in der Kurt-Eisner-Straße. Vor den Fenstern zur Straße stehen einige Freischwingerstühle, gegenüber ist eine Spielecke für Kinder eingerichtet. Es ist Dienstagnachmittag – Sprechstunde. Außer Max sind noch zwei weitere Mitarbeiter von Medinetz anwesend. Wie die meisten der 25 Aktiven sind sie Medizinstudenten. Patienten sind nicht anwesend. Sonst müsste ich wohl auch den Raum verlassen, denn Anonymität ist eines der wichtigsten Credos von Medinetz. „Wir fragen nicht nach persönlichen Informationen“, sagt Max. Die meisten Patienten seien zunächst sehr zurückhaltend. Ein Vertrauensverhältnis baue sich erst im Laufe der Zeit auf.

Diese Zurückhaltung mag nicht verwundern, denn bei der Entdeckung durch staatliche Behörden droht Menschen ohne Papiere die Abschiebung. Das Sozialamt würde zwar die ärztliche Behandlung bezahlen, wäre aber verpflichtet die Personen an die Ausländerbehörde weiterzumelden. Zudem regelt das Asylbewerberleistungsgesetz, auf welche Behandlungen Anspruch besteht. Diese umfassen vor allem akute Erkrankungen und Schmerzen. Die Behandlung von chronischen Leiden fällt nicht darunter. „Die Konsequenz ist, dass die Menschen erst zum Arzt gehen, wenn die Krankheit schlimmer ist als die drohende Abschiebung“, beschreibt Max die Zwangslage. Genau an dieser Stelle wollen die Medinetz-Mitarbeiter ansetzen. Die Gruppe verfolgt zwei Richtungen: die Patientenbetreuung und die politische Arbeit. Das Hauptaugenmerk liegt auf der medizinischen Versorgung. Dabei sehen sich die Medinetz-Mitarbeiter vor allem in der Vermittlerrolle.



**Demo für bessere Medizin-Versorgung von Illegalisierten** - Foto: Ina Müller

„Wir selber stellen keine Diagnosen und führen keine Behandlungen durch“, erläutert Max die Arbeitsweise. Deshalb seien medizinische Kenntnisse auch keine Voraussetzungen für die Mitarbeit. Jeweils dienstagnachmittags findet die Sprechstunde statt. Zudem haben Patienten die Möglichkeit, sich telefonisch zu melden. Ist der Kontakt hergestellt, überlegen Mitarbeiter und Patient, wie im Einzelfall am besten zu helfen ist. „In der Regel vermitteln wir sie erstmal zum Allgemeinmediziner. Wenn dieser den Fall nicht selbst behandeln kann, kommen die Patienten zu uns zurück und wir vermitteln einen Facharzt.“

Die Leipziger Medinetz-Gruppe hat sich im Juli 2009 gegründet. Einige Studenten trafen sich damals beim IPPNW, dem Verein „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs,

Ärzte in sozialer Verantwortung“. Eines der heutigen Mitglieder brachte Erfahrungen vom Hamburger Medinetz mit. So entstand der Leipziger Ableger.

Seither konnten nicht nur neue Mitstreiter, sondern auch insgesamt 25 Ärzte gewonnen werden, die sich bereit erklärt haben von Medinetz vermittelte Patienten zu behandeln. Unter ihnen finden sich auch Fachärzte, beispielsweise Gynäkologen und Röntgenologen. Zudem bestehen Kontakte zu Krankenhäusern, die die stationäre und chirurgische Behandlung vornehmen. „Wir suchen derzeit unter anderem noch Rheumatologen“, so Max.

Die Arbeit des Vereins finanziert sich über Gelder von Stiftungen, wie der Kuhlmann- und der Hans-Böckler- Stiftung. Hinzu kommen Mitgliedsbeiträge und Einnahmen aus Solidaritätsveranstaltungen, Konzerten und Cocktailparties. Bisher konnten so elf Patienten ohne Aufenthaltsstatus betreut werden. Sprachbarrieren stellen dabei selten ein Hindernis dar. „In der Regel bringen die Leute jemanden zum Übersetzen mit. Ansonsten haben wir auch Dolmetscher, auf die wir zurückgreifen können“, erläutert Max. Die Herkunft der Patienten korreliert mit den legal in Leipzig lebenden Migrantengruppen, so fanden sich unter den Patienten beispielsweise Vietnamesen. Max hält dies für wenig verwunderlich: „Wenn man in ein fremdes Land kommt, geht man dahin, wo man jemanden kennt.“

Die Schätzungen über die Zahl, der in der Illegalität lebenden Menschen schwanken stark. Für Leipzig variieren sie zwischen 4000 und 10 000. Bundesweit sollen es 300 000 bis 400 000 Menschen sein. Max möchte sich nicht festlegen: „Vielleicht ist die Zahl auch niedriger. Einige Leute, die früher illegalisiert waren, sind dies durch die EU-Osterweiterung teilweise nicht mehr.“

1995 gründete sich die erste Medinetz- Gruppe. Bis heute sind es deutschlandweit insgesamt 20, unter anderem in Dresden und Mainz. Anfang Juni trafen sich Vertreter aller Ableger zum Vernetzungstreffen in Leipzig. Die Engagierten tauschten ihre Erfahrungen aus. Eins steht aber immer im Mittelpunkt: Medinetz will die Öffentlichkeit sensibilisieren. So fand zum Abschluss eine Demo mit knapp 150 Teilnehmern statt. Sie fordern unter anderem, dass ein anonymer Krankenschein eingeführt wird. Max erklärt: „Dabei handelt es sich um eine Art Krankenkarte, auf die vom Sozialamt medizinische Leistungen bezahlt werden, jedoch ohne dass darauf personenbezogene Daten gespeichert sind.“ Die Bundesärztekammer befürwortet das Konzept.

Robert Wenzel ist ebenfalls Medizinstudent und seit September dabei. „Ich möchte mit anderen etwas auf die Beine stellen“, erläutert er. Robert betreut die Website und hofft, dass sich mit einer guten Außendarstellung die Bekanntheit steigern lässt.

Vorrang hat jedoch die Aufklärungsarbeit in der Zielgruppe. „Neuerdings dehnt sich die Schweigepflicht der Ärzte auch auf die Mitarbeiter in der Verwaltung aus“, erläutert Robert. Das müsse bekannt gemacht werden. Zudem will das Medinetz dem medizinischen Personal die Angst nehmen, sich wegen Beihilfe zum illegalen Aufenthalt strafbar zu machen. Denn dies ist nicht der Fall. Roberts Umfeld findet sein Engagement gut. Entscheidender für die Arbeit von Medinetz dürfte es allerdings sein, dass ihre Anliegen auch in der Politik auf positive Resonanz stoßen.